

Aspekte zur imperialistischen Spaltung Sudans und Rohstoff-Aufteilung Afrikas.

Das imperialistische Deutschland 2011 erkennt Südsudan als Staat an. Die deutsche Rohstoff AG und ihre Bundesregierung gratulieren zur weiteren Spaltung des Landes.

Offiziell wurde die Teilung vom Norden am heutigen Samstagvormittag vollzogen. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU-BDI-BDA-Rohstoffindustrie und Deutsche Bank AG etc.) bezeichnete die Staatsspaltung und Neugründung als einen „ganz besonderen Tag für Afrika“. »Drei Viertel der bekannten Ölvorkommen im früher ungeteilten Sudan liegen im neuen Staat. Der Republik Sudan im Norden gehen nun immense Einnahmen verloren.« (- FAZ) Doch die grundsätzlichen Probleme werden auch mit der Spaltung des rohstoffreichen Landes nicht gelöst.

Aus der (ökonomischen) Geschichte.

Der Sudan ist ein wenig entwickeltes Agrarland. Trotz des teils günstigen Klimas für die Landwirtschaft und der zahlreichen Bodenschätze (Erdöl, Eisen, Kupfer, Zinn, Blei, Asbest, Gold, Gips, Steinsalz) wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch lange koloniale Abhängigkeit und neokolonialen Einfluss nach dem zweiten Weltkrieg stark gehemmt. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich das nationale Kapital beschleunigt entwickelt. Nach Erringung der politischen Unabhängigkeit im Jahre 1956 versuchten die herrschenden Kreise in enger Kollaboration mit den imperialistischen Hauptmächten, den Sudan auf einen kapitalistischen Entwicklungsweg zu führen.

Am 25. Mai 1969 ergriff eine Gruppe Offiziere unter der Führung von Generalmajor Gaafar Nimeiri die Macht. Seit 1969 wurden vom Nimeiri-Regime Maßnahmen zur Überwindung der deformierten, einseitig auf Baumwollanbau ausgerichteten Wirtschaftsstruktur eingeleitet.

1970 wurden Nationalisierungs- und Enteignungsmaßnahmen in der Industrie, im Bank- und Versicherungswesen sowie im Außenhandel durchgeführt. 1973/74 wurde jedoch begonnen, diese Maßnahmen rückgängig zu machen und die kapitalistische Entwicklung vor allem durch Erhöhung der Investitionsanreize (z. B. Zollbefreiungen, Kreditgewährungen) für den privaten Sektor zu fördern. Diese Politik der Öffnung lieferte den Sudan zunehmend dem Einfluss imperialistischer Staaten aus. Der privatkapitalistische Sektor dehnte sich aus. 1976 trat der Sudan dem Lomé-Abkommen mit der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG - EG, - heute EU) bei; die EG eröffnete ein Ständiges Büro im Sudan.

Zur Deckung der Innen- und Auslandsverschuldung wurden seit Beginn der 1970er Jahre verstärkt Auslandskredite, vor allem beim IWF, der Weltbank und imperialistischen Staaten aufgenommen. Zur Überwindung wachsender ökonomischer Schwierigkeiten und zur Stabilisierung des politischen Systems verstärkte das sudanesisches Regime die Zusammenarbeit mit imperialistischen Staaten (besonders mit den USA) sowie mit arabischen Erdölstaaten (vor allem Saudi-Arabien, Kuwait und VAE).

In der Entwicklungsplanung konzentrierte sich die Regierung vor allem auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit in erster Linie der exportorientierten Wirtschaftssektoren, den Ausbau der Infrastruktur, die Errichtung von Verarbeitungsindustrien (vor allem im Textilbereich und Nahrungsmittelsektor) sowie auf die Erschließung und Ausbeutung der Erdölvorkommen.

Trotz (historischer) Bemühungen der Regierung zur Entspannung der anhaltend schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage ging die reale Zuwachsrage in der Wirtschaft von durchschnittlich 3,5 % (1974-1978) auf 0,1 % (1978/79) zurück. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 330 US-Dollar gehörte der Sudan (bereits) in den 1980er Jahren nach den von der UNO festgelegten Kriterien zu den am wenigsten entwickelten Ländern.

Deutschlands Imperialismus und die kommenden Welt-Rohstoffkriege.

In Sudan konkurrierte Deutschland mit asiatischen Staaten und auch mit Frankreich und den USA um den Zugang zum Öl. Die sudanesishe Zentralregierung hatte Verträge mit asiatischen Unternehmen geschlossen. Das Öl aus dem Südsudan fließt per Pipeline über die (historische) Hauptstadt Khartum zur Hafenstadt Port Sudan am Roten Meer. Von dort kann das Öl nach Asien weiter transportiert werden.

»Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die Meerenge zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean seit 2002 unter anderem von der deutschen Marine und US-amerikanischen Soldaten im so genannten Antiterror-Einsatz kontrolliert wird {...}. Hält man sich hier möglicherweise die Option offen, diesen Seeweg bei Bedarf für asiatische Öltanker mit militärischen Mitteln abzuriegeln?« -

»Deutschland unterstützt in Sudan die Rebellen des Südens, die mit der Zentralregierung jahrelang einen Bürgerkrieg um die Einnahmen aus dem Ölgeschäft führten. Im Januar 2005 kam es - nicht zuletzt auch aufgrund intensiven Drucks seitens der deutschen Bundesregierung - zu einem „Friedensvertrag“, der den Rebellen die Macht im Süden des Landes und einen Anspruch auf die Hälfte der Einnahmen aus dem Ölgeschäft überträgt. {...} Diese sechs Jahre bis zum geplanten Referendum für die offensichtlich beabsichtigte Teilung des Landes wollen deutsche Unternehmen nutzen, um für das Erdöl aus Südsudan einen anderen Transportweg zu errichten - unter Umgehung des Nordsudan - in das westlich orientierte Kenia bauen. Von der kenianischen Hafenstadt Mombasa soll das Öl dann per Schiff nach Deutschland und in andere westliche Staaten - statt nach Asien - transportiert werden. Soll die am Horn von Afrika seit Jahren stationierte deutsche Marine diesen Handelsweg in einigen Jahren schützen und ggf. in einem Seekrieg gegen konkurrierende asiatische Kriegsflotten verteidigen?« [1]

Quelle vgl.: IPPNW, 17.01.2006. Zur Diskussion: Deutschland und die Rohstoffkriege. Von Henrik Paulitz (Januar 2006).

Siehe, u.a.: "Beispiel Sudan".

<http://www.ippnw.de/frieden/energie-krieg-frieden/artikel/d854b37814/deutschland-und-die-rohstoffkriege.html>

IPPNW: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung.